

# Der Textil-Arbeiter

Vereint seid Ihr Alles!  
Vereinzelt seid Ihr nichts.

Organ zur Wahrung der Interessen aller in der Textilbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Publikationsorgan des Zentralverbandes Deutscher Textilarbeiter (Sitz Berlin O. 27, Andreasstraße 61, I. r.)  
Hauptkassierer: Georg Treue, Berlin O. 112, Kronprinzenstraße 47, an den alle Geldsendungen — stets unter Angabe ihrer Bestimmung — zu richten sind) und der Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse für Textilarbeiter und Arbeiter anderer Berufe beiderlei Geschlechts (E. S. 12, Sitz Chemnitz).

Wöchentlich erscheint eine Ausgabe. Vierteljährlicher Bezugspreis durch die Expedition 60 Pfg., durch unsere Filialen und durch die Post 75 Pfg., durch erstere und den Briefträger ins Haus geliefert 100 Pfg. — Vereins- und Versammlungsanzeigen 15 Pfg., Geschäftsanzeigen 50 Pfg., die dreispaltige Petizette. Mitteilungen und Anzeigen müssen für die stets Mittwoch zum Versand kommende Ausgabe bis Montag früh in den Händen des Herrn Albin Reichelt, Chemnitz, Krefstraße 14, sein, an welchen auch die Bezugsgebühren zu senden sind. — Postzeitungsliste Nr. — Telephon: Nr. 1996, Volkstimme.

Nr. 35. Chemnitz, Freitag den 26. August 1904. 16. Jahrgang.

Zugung zu vermeiden ist von Webern und Weberinnen nach Gärlich bei Markisch (Gimbel), nach Reutlingen (Red), von Posamentierern nach Berlin (L. Knopfmacher), von Arbeitern und Arbeiterinnen aller Branchen nach Grimnitzschau, nach Lindenmaide, von Spinnern und Spinnerinnen nach Naunhof i. S. (Wagner u. Söhne), von Intewerbet- und Spinnereiarbeitern und Arbeiterinnen nach Gemellingen, Krefeld, (Krefelder Baumwollspinnerei), von Webern und Chemiedreherinnen nach Freiberg i. S. (M. Hoppe), von Feuchtdruckern nach Krefeld, von Wirtern nach Göppersdorf bei Burgstädt (Köbke).

## § 153 der Gewerbeordnung.

Bisher hatten fast nur die Arbeiter unter der Anwendung des § 153 der Gewerbeordnung zu leiden, der bekanntlich Gefängnisstrafe bis zu 3 Monaten für den Fall vorsieht, daß jemand andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzung oder durch Verurteilung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an dem in § 152 erwähnten Verabredungen teilzunehmen oder ihnen Folge zu leisten, oder andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten.

Neuerdings sind aber einzelne Fälle zu verzeichnen, in denen die Ausperrungsaktion der Unternehmer, die natürlich ebenso wie die Sperriktion der Arbeiter unter den Begriff des § 153 fällt, nach demselben Wege gemessen wurde, wiewohl gegenüber den Versuchen der Arbeiter mittels heiliger Bräute auf die Arbeiter sich der Staat nicht einmischen will.

Die Staatsanwaltschaft hat ein Ermittlungsverfahren gegen den Arbeitgeberverband eingeleitet wegen Nötigung bzw. Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung. Der Verband soll Baumateriallieferanten, die an hiesige Bauunternehmer, welche die Forderungen der Arbeiter bewilligten, lieferten, veranlaßt haben, diese Lieferungen anzustellen unter der Androhung, daß die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes ihre geschäftlichen Beziehungen zu den Lieferanten abbrechen würden. Es hat in dieser Angelegenheit bereits eine Hausdurchsuchung auf dem Bureau des Unternehmerverbandes stattgefunden.

In Unternehmerteilen ist gegen die Maßnahmen der Staatsanwaltschaft ein Entrüstungsturm losgebrochen, wie die „Eingekerkerten“ der Konstanzer „Nachrichten“ zur Genüge bekunden.

Auch die „Deutsche Arbeiterzeitung“ befaßt sich in einem Aufsatz gründlich mit der Angelegenheit. Wittert sie doch etwas die Umkehrung in der sozialen Rechtsgerechtigkeit. Sie bemerkt:

„Falls dieser Vorgang auf Wahrheit beruht, so wird man ihn in Parallele stellen können mit der bereits gemeldeten Verurteilung einer Berliner Firma in Sachen der Schadenserstattung eines Arbeiters, dessen Einstellung die Firma durch ein Rundschreiben an die Mitglieder ihres Verbandes in Befolgung der Verbandsanordnungen zu hinterzählen gesucht hatte. Da nun obendrein ähnliche Vorfälle auch aus Mainz und Stade gemeldet werden, so hat man vielleicht ein Recht zu der Behauptung, daß in der Sache System liegt, insofern die Arbeiterorganisationen neuerdings nach Kräften bemüht sind, den Inhalt des § 153 der Reichsgewerbeordnung ihren Zwecken dienstbar zu machen.“

Und weiter:  
Die Arbeitgeber sind darauf und daran, ihrerseits mächtige Organisationen zu schaffen und mit deren Hilfe den Bestrebungen der Arbeiterorganisationen energischen Widerstand entgegenzusetzen. Ungeachtet dessen bedeutet es ein Zugeständnis an die soziale Gerechtigkeit, daß man ihnen von nun an schärfer als zuvor auf die Finger sieht. Demgegenüber dürfte dem empfindlichen Unternehmertum wohl kaum etwas anderes übrig bleiben, als daß es neben tatkräftiger Fortführung des Werks seiner Organisation in demselben Maße als bisher sein Augenmerk auf die Ausnutzung der Möglichkeit lenkt, das widerrechtliche Verhalten der Arbeiterorganisationen in jedem einzelnen Falle öffentlich zur Sprache zu bringen und gleichzeitig ein behördliches Einschreiten gegen die Schuldigen nachzusuchen.

Wir glauben, die Behörden schreiten schon jetzt ausreichend gegen Arbeiter ein, die sich gegen den § 153 vergangen, sobald ein härteres Einschreiten kaum noch möglich ist. Die juristische Folgebewandlung gegen die Arbeiter wegen Koalitionsvergehen kann gar nicht schärfer angezogen werden als bisher. Die Arbeitgeber aber dürfen fortan am eigenen Leibe, wie das Ausnahmegericht gegen die hiesige Koalitionsbestrebungen wird und werden schließlich selbst auf eine Abschaffung drängen, was dann auch den Arbeitern zu Gute kommen würde. Und wie aber noch weit davon entfernt, daß die Arbeiter durch die Koalitionsbestrebungen so gefährdete juristische Bräute in der Koalitionsbestrebungen, daß sie zu gleichem Recht in Koalitionsbestrebungen führen würde. Um so länger wird es noch dauern, bis man mit alledem Recht sagen könnte, daß in der Sache System liegt. Bis jetzt ist es immer noch, daß das System sich in der umgekehrten Richtung bewegt.

Das zeigt z. B. ein Prozeß, der sich vor kurzem vor der 134. Abteilung des Schöffengerichts Berlin abspielte. Der „Vorwärts“ berichtet darüber:

„Der Metallarbeiter Herm. Krüger war beschuldigt, den Bäckermeister Schliephake durch Drohungen, Ehrverletzungen und Verurteilungen in beschränktem Kreise, die geeignet waren, Schliephake verächtlich zu machen, versucht zu haben, zur Teilnahme an den Bestrebungen zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu veranlassen. Am 9. Mai brach bekanntlich in Berlin der Bäckerstreik aus. Der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe, hatte auch Schliephake zu Beginn des Streiks die Forderungen der Gesellen bewilligt und das bekannte rote Plakat des Inhalts: „Hier sind die Forderungen der Bäckergesellen bewilligt“, erhalten und auch ausgehängt. Nach seiner Behauptung sollen aber bereits wenige Tage später seine Gesellen der neuen Verhältnisse überdrüssig geworden sein und freiwillig wieder zu den alten Bedingungen bei ihm gearbeitet haben! Darauf ist ihm das Plakat wieder abgenommen worden und er wurde fernerm in der vom Gesellenverband im „Vorwärts“ veröffentlichten Boykottliste aufgeführt. Die Anklage gegen Krüger stützte sich auf folgende Umstände: Am 5. Juni, morgens gegen 5 Uhr, wollte ein zehn-jähriges Mädchen den Laden Schliephakes betreten, um Frühstück zu holen. Dieses Mädchen soll Krüger angehalten und ihm bedeutet haben, doch nichts bei Schliephake zu kaufen, da dieser die Forderungen der Gesellen nicht bewilligt habe. Der Meister habe diesen Vorgang bemerkt und das Mädchen ausgefragt, was der Mann von ihm wolle. Als er erfahren habe, daß er seinen Gesellen die Forderungen der Gesellen bewilligt habe, habe er dem Mädchen gesagt, daß er die Forderungen der Gesellen bewilligt habe. Die Frau soll Krüger ebenfalls Vorhaltungen gemacht und ihn Streikbrecher genannt haben. Nicht besser sei es dem Frühstücksträger Piotrowski ergangen. Zu diesem soll der Angeklagte gefagt haben, er solle sich schämen, für einen Bäckermeister zu arbeiten, der die Gesellenforderungen nicht bewilligt habe. Er solle den „Vorwärts“ lesen und bedenken, wie es ihm einmal im Leben ergehen könne. Des weiteren soll Krüger den Milchhändlern Gläubigkeit und Großt, von denen er bisher seinen Bedarf an Backwaren entnommen hatte, erklärt haben, sie bekämen keinen Scherz mehr von ihm, so lange sie von Schliephake ihre Backwaren bezögen. Es sei seine Pflicht, dafür zu sorgen, daß dies aufhöre und „Wir passen auf und fangen alle ab“.

Durch die Beweisaufnahme wurde der Inhalt der Anklage im wesentlichen bestätigt. Der Staatsanwalt hielt denn auch Krüger des Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung für überführt, insonderheit auch bezüglich des Zeugen Schliephake. Krügers Ab-sicht sei gewesen, Schliephake durch fortgesetztes Schikanieren und Terrorisieren mißtrauen zu machen, damit dieser die Forderungen der Gesellen bewillige. Da Krüger Metallarbeiter sei, also am Bäckerstreik unbeteiligt, aber, wie er zugegeben, Sozialdemokrat sei, so habe er nur im sozialdemokratischen Parteiinteresse gehandelt. Gegen den Terrorismus dieser Partei mißten die Gewerbetreibenden, die Arbeiter (!) und das Publikum energisch ge-fährt werden. Er beantrage gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von sechs Wochen.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Koppel, in Vertretung des Rechtsanwalts Heinemann, nahm Veranlassung, gegen diese ganz neue Auslegung des § 153 der Gewerbeordnung seitens der Anklagebehörde entschieden Verwahrung einzulegen. Seiner Ansicht nach könne dieser Paragraph im vorliegenden Falle überhaupt nicht herangezogen werden, denn es sei ihm unverständlich, wie Milchhändler, Frühstücksträger und zehn-jährige Mädchen zur Teilnahme am Streik der Bäcker gesellen veranlaßt werden könnten. Und was nun gar den Bäckermeister Schliephake betreffe, so sei dies ein offenkundiger Widerspruch. Dieser könne doch nimmermehr bewogen werden, sich den Bestrebungen anzuschließen, die gegen ihn selbst gerichtet waren. Krüger habe nicht aus persönlichem Interesse, sondern aus eigenem Antriebe heraus, gewissermaßen von einem idealen Standpunkte aus gehandelt, weil er die Forderungen der Gesellen für berechtigt hielt und sich gebrungen fühlte, das Seine zu deren Durchführung beizutragen. Sollte der Gerichtshof zu einer Verurteilung kommen, so beantrage er die zulässig niedrigste Strafe.

Der Urteil lautete dahin, daß der Angeklagte wegen Vergehens gegen §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung mit einer Woche Gefängnis zu bestrafen sei. In der Begründung hieß es unter anderem: Die Bestrebungen zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen erstrecken sich nicht nur auf Arbeitnehmer, sondern auch die Arbeitgeber werden dadurch berührt, denn ohne sie ist die Durchführung solcher Bestrebungen nicht möglich. Der Zeuge Schliephake sollte gerungen werden, durch Bewilligung der Gesellenforderungen sich diesen Bestrebungen anzuschließen und zwar durch Mittel, welche gegen die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung verstoßen. (—)

Die Arbeiterzeitung wird nach dieser Urteilsbegründung wohl zugeben, daß die Sache der Arbeitgeber, die sie so warm vertritt, noch lange keine verloren ist.

## Musterleistungen christlicher Arbeiterführer.

Man schreibt uns aus Nachen:  
In der Tuchfabrik von Delius (Vorsitzendem des hiesigen Arbeitgeberverbandes) sind im Laufe der Zeit derartige Mißstände eingerissen, daß auch die als besonders sanftmütig bekannten Arbeiter die Geduld verloren und auf Abhilfe drangen. Die Behandlung ließ viel zu wünschen übrig. Die Strafbestimmungen sind derartig ausgebaut, daß durchschnittlich täglich etwa 10 M. Strafgebühren von den Beamten für die kleinsten Vergehen gegen die Fabrikordnung verhängt wurden. An der Spitze des christlichen Ausschusses stehen Herr Roder, Vorsitzender der Ortsgruppe I des christlichen Textilarbeiterverbandes, rechte Hand des Bezirksvorsitzenden Sistenich, christlichen Gewergerichtsbeisizers, Beisizers in dem Schiedsgericht zur Beilegung von gewerblichen Streitigkeiten (seligen Angebenedens) und Inhaber mehrerer anderer Ämter, sowie Herr Zander, auch ein sehr bekanntes christliches Mitglied. Dieser christliche Ausschuss, anstatt dafür zu sorgen, daß die Mißstände abgeändert würden, wandte sich gegen alle, die nur durch ein Wort ihre Unzufriedenheit kund gaben. Am sich nach außen zu decken, ließ man sich ein Vertrauensvotum von den Arbeitern ausstellen. Die nicht dafür stimmten, wurden bezeichnenderweise entlassen.

Das Gerücht von den Heldentaten der „Christen“ Roder und Zander verbreitete sich bald durch die ganze Stadt. Um die Sache zum Ende zu bringen, beauftragte Herr Sistenich eine Besprechung der Belegschaft ein.

Es ist nun zunächst interessant zu hören, wie diese Besprechung zu stande kam. Sistenich übergab dem dort beschäftigten Vorstandsmitglied und frisch gewählten Gewergerichtsbeisizers Hans die Einladungen, damit derselbe sie an die Weber verteilte. Hans ging damit zum Ausschuss und dieser „verbot“ demselben die Verteilung mit den Worten: „Die Fabrikbesprechung darf nicht stattfinden, denn sonst tut Herr Delius die Bude zu.“ Der wacker Hans steckte die Einladungen auch ruhig ein, und erst auf mehrmaliges Drängen eines anderen Webers rückte er damit heraus. Diese Besprechung fand am 26. Juli in der „Maus“ statt und die Ausführungen zeigten äußerst klar, auf welcher Seite der „Terrorismus“ zu suchen ist. Ein entlassener (christlicher) Weber gestalte das Verhalten des Herrn Hans, worauf lehrer, ohne ein Wort zu sagen, eiligt den Saal verließ. Besonders scharf ging der Redner sodann mit dem Vorgehen des christlichen Ausschusses ins Gericht. Jeder Weber von Delius sei überzeugt, daß der Ausschuss seine Aufgabe nicht richtig erfüllt habe. Hätte ein Weber etwas verlangt, so hätte Roder gefagt: „Wenn man so vorgeht, dann wird der Herr böse.“ Ein Weber habe Stundenlohn erhalten. Zander zeigte dem Meister an, der Weber habe zu viel erhalten. Ein anderer entlassener Weber sprach sogar von Verschlechterungen, die Herr Zander Herrn Delius für die Weber vorgeschlagen habe. Der ganzen Belegschaft (einschließlich der Beamten und Meister) sei bange vor Roder und Zander. Der Ausschuss verhandele hinter dem Rücken der Weber mit Delius. Die Erbitterung gegen den Ausschuss aufs höchste gesteigert. Der lehrer sich ein Vertrauensvotum ausstellen lassen. Alle, die nicht die Hand aufgehoben, würden jetzt entlassen. Ihm selbst wäre zu bange, um gegen den Ausschuss offen vorzugehen, denn er fürchtete, wie er glaube, mit Recht, die Entlassung. Bei Gelegenheit der Besprechung über das Vertrauensvotum durfte aber die Entlassungen nicht gesprochen werden. Ein anderer Weber brachte einen Vorschlag zur Sprache, wonach der Ausschuss nach seiner Meinung nicht die Interessen einer Weberin vertreten habe. Roder erklärte hierzu folgendes: Eine Weberin kam zu mir, ich sollte einmal vorgehen, damit sie die 1 M. Stopplohn zurück erhalte, die man ihr zu Unrecht wegen falscher Spulen eingehalten habe. Ich fragte die Weberin, ob sie aus eigener Initiative zu mir gekommen sei, oder wer sie geschickt habe. Warum diese Frage? D. B. Sie nannte mir hierauf einen Weber. Er (Roder) sei zum Meister gegangen. Nachher sei die Weberin zu ihm gekommen und habe gefagt: Roder, ich bitte Sie um alles in der Welt, treten Sie nicht für mich ein, denn sonst werde ich entlassen. (—) Eine Weberin führte aus: Ich hatte zu einem andern gefagt: Der Ausschuss vertritt nicht die Interessen der Arbeiter. Beisizers fagte dies dem Roder wieder. Roder kam daraufhin zu mir und fagte: Ich muß einmal für Sie zum Meister Wendt gehen. Danach erhielt ich meine Entlassung. Roder tritt ab, die Entlassung der Weberin beschuldigt zu haben. Der Meister habe ihn gefagt: was er mit der Weberin hätte, und erst dann habe er dem Meister die Sache erzählt.

Dies ist nur einiges aus dieser interessanten Besprechung. Herr Sistenich, der immer mehr einfiel, daß er durch die Einberufung dieser Besprechung seiner Sache schlecht gedient hatte, versuchte ver-schiedentlich die Anwesenden gegen die Vertreter unserer Filiale auf-zugehen. Die Anwesenden ließen sich jedoch nicht täuschen. Es waren nun schon eine ganze Anzahl Weber entlassen worden. Ein Weber, dem der Meister die Entlassung anständigte, wandte sich an Herrn Delius. Letzterer verlangte nun von dem Weber das Ver-

prechen, nichts mehr über den Ausschuss zu sagen, dann können er auch noch eine Rente erhalten. Ein Sturm der Entrüstung erhob sich selbst im christlichen Lager, denn der christliche Textilarbeiter-Verband mußte an hiesigen christlichen Weber, die durch sein Vorstandsmitglied angeben und dadurch aus der Arbeit gekommen waren, die Gemäßigten-Unterstützung zahlen und wird, da augenblicklich schlecht unterzukommen ist, diese noch eine Zeitlang weiterzahlen müssen. Dies war nun auch den Christlichen zuviel, und eine Anzahl von ihnen wandte sich an die Zentrale des Deutschen Textilarbeiterverbandes, damit diese bezüglich der Haltung des Herrn Roder Wandel schaffe.

Auf Grund dessen fand am Montag den 15. August im „Frankenberger Bierkeller“ eine öffentliche Textilarbeiterversammlung statt, welche von weit über 500 Arbeitern und Arbeiterinnen besucht war. Nachdem Kollege Feinhals die einzelnen Mißstände, sowie das Verhalten des christlichen Ausschusses der Firma Delius einleitend besprochen hatte und dieser Bericht von mehreren entlassenen Webern ergänzt worden war, nahm die Versammlung mit allen gegen 1 Stimme folgende Resolution an:

„Die heute im „Bierkeller“ tagende, stark besuchte Textilarbeiterversammlung verurteilt aufs Schärfste das Verhalten des christlichen Ausschusses der Firma Delius, sowie der Führer des christlichen Textilarbeiterverbandes, und erkennt an, daß nur der Zusammenschluß aller hiesiger Textilarbeiter und -Arbeiterinnen im „Zentralverband Deutscher Textilarbeiter“ solchen Mißständen vorbeugen kann.“

Mittlerweile erschien im „Christlichen Textilarbeiter“ ein Bericht aus Nachen, wonach Herr Roder seine Aemter im christlichen Textilarbeiter-Verband niedergelegt hat und in die bisherigen Verdienste des Herrn Roder um die christliche Arbeiterbewegung bis in den Himmel gehoben werden. Ein entlassener Christlicher, der sich über diese Bekanntmachung und über das Lob für Herrn Roder beim Bezirksvorsitzenden Sichtenich beschwerte, erhielt die Antwort: Wir sind nur froh, daß Roder freiwillig gegangen ist; mit Zander werden wir schon fertig werden, aber Roder können wir nicht ausschließen, sonst geht der gegen mich vor.

Wir müssen nun hier feststellen, daß dem christlichen Vorstände das Verhalten des Herrn Roder schon jahrelang bekannt war, aber man ist nicht eingeschritten; im Gegenteil, alle Klagen der christlichen Mitglieder gegen Roder wurden niedergebriekt. Nach unserer Meinung sind diejenigen, die derartige Treiben nicht verhindern, obgleich sie es konnten, die Hauptschuldigen. Allerdings hätte man es in diesem Falle auch mit dem Herrn Delius verderben können, und das kann man den „Christlichen“ nicht zumuten. Erklärte doch der Zentralvorsitzende Schiffer vor einigen Jahren hier in Nachen: Wir müssen dafür sorgen, daß das gute Einvernehmen zwischen Herrn Delius und dem christlichen Verbands erhalten bleibt!

## Die Zehnstundenbewegung der Textilarbeiter in Neumünster.

Wiederholt, zuletzt im Jahre 1901, ist die hiesige Textilarbeiterklasse um Verkürzung der Arbeitszeit an den Fabrikantenverein der Textilindustriellen herantreten. Bis heute ist jedoch eine Verkürzung der Arbeitszeit noch nicht eingetreten.

Die Zentrale des deutschen und die Ortsgruppe des christlichen Textilarbeiterverbandes haben beschloffen, gemeinschaftlich die Forderung des Zehnstundentages dem Fabrikantenverein zu unterbreiten. Es sind damit zu diesem Zweck Fabrikantenversammlungen abgehalten worden, in welchen der Vorsitzende des Deutschen Textilarbeiterverbandes die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit klarlegte und zum Beitritt zur Organisation aufforderte. Die Versammlungen waren durchweg gut besucht und haben in agitatorischer Hinsicht ein gutes Resultat gehabt. Die am 13. d. M. abgehaltene Mitgliederversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes hatte 68 Neuaufnahmen zu verzeichnen.

Am Dienstag den 16. d. M. fand nun im „Coventgarten“ eine von etwa 1000 Personen beiderlei Geschlechts besuchte öffentliche Textilarbeiterversammlung statt, um definitiv die Einreichung der Forderung zu beschließen.

Kollege Franz Kofke-Berlin vom Deutschen Textilarbeiterverband wies zunächst in passende Weise die Notwendigkeit und Durchführbarkeit des Zehnstundentages nach.

Ihm folgte Heinrich Kampe-Münster vom Christlichen Textilarbeiterverband, der ebenso wie sein Vorgesandener warm für den Zehnstundentag eintrat. Die Ausführungen beider Referenten gipfelten darin, daß vor allen Dingen die Organisation ausgebaut werden müsse, damit das Unvernünftige durch deren Macht gezwungen werden könne, Zugeständnisse zu machen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am Dienstag den 16. August 1904 im „Coventgarten“ tagende öffentliche Textilarbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen der Referenten und ihrer Begründung der Zehnstundentagsforderung einverstanden. Die Versammlung erklärt weiter, daß es nach dem Stande der technischen Entwicklung durchführbar sei, für die in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen den Zehnstundentag einzuführen. Zu diesem Zwecke beauftragt die Versammlung die Vorstände des Deutschen und des Christlichen Textilarbeiterverbandes, den Industriellen der Textilindustrie von Neumünster die Forderung zu unterbreiten.“

Das Resultat der Versammlung war, daß eine ganze Anzahl neuer Mitglieder für die Organisation gewonnen wurde.

Kaum sind die Textilarbeiter in die Zehnstundenbewegung eingetreten, so sind auch schon die Fabrikanten bemüht, sich ihre Position zu sichern, indem sie auswärtige Arbeitskräfte heranzuziehen versuchen. Vor uns liegt ein Inserat aus einer Forster Zeitung folgenden Inhalts: „Von großer Tatkraft werden gute, tüchtige Weber auf gute, dauernde und lohnende Arbeit gesucht. Alle Stühle neueren Systems. Bei guter Arbeit und längerer Tätigkeit Jahresvermehrigung. Meldungen an Herrn E. Citner, Hollenstraße 26, Neumünster.“ Da hier an achtigen Webern kein Mangel ist, bleibt nur die Annahme übrig, daß man schon beizzeiten Weber heranziehen will, um gegebenenfalls auf alles vorbereitet zu sein. Unter solchen Umständen werden auch die Arbeiter von ihrem Recht Gebrauch machen und den Zugang so lange fernhalten, bis die Frage des Zehnstundentages geregelt ist.

Man darf gespannt sein, welche Antwort die Fabrikanten geben werden. Hielten es die Herren im Jahre 1901 auch nicht für nötig, den Arbeitern eine Antwort zukommen zu lassen, so sehen sich die Arbeiter doch veranlaßt, immer wieder von neuem mit ihrer gerechtesten Forderung auf dem Plane zu erscheinen und sind auch gewillt, dieselbe mit allem Nachdruck zu vertreten. H.

**Nachschrift:**  
Das erste Opfer des Zehnstundentages, den die Textilarbeiter erringen wollen, ist bereits gefallen. Es betrifft dieses zwar keine der unmittelbar beteiligten Personen, sondern Leute, die der Sache ganz fern stehen. Als am letzten Donnerstag die Laufzettel für die Fabrikantenversammlung am Freitagabend, in der auch die Arbeiter der Meßtorfischen Fabrik erscheinen sollten, verteilt wurden, erhielt auch ein kleines Mädchen, dessen Eltern bei Herrn Meßtorf wohnen, zwei solcher Zettel. Der Verbreiter war wohl in dem Glauben, daß die Eltern des Kindes Textilarbeiter seien. Dies sah Herr Chr. Meßtorf. Nachdem er sich überzeugt hatte, um was es sich handelte, geriet er in furchtbare Aufregung. Er ging zu der Mutter des Kindes, um dieser den Standpunkt einmal klar zu machen. In

seiner Aufregung sagte Herr Meßtorf, daß er von einem solchen sozialdemokratischen Kram nichts wissen wolle und kündigte den Leuten zum 1. Oktober die Wohnung. Dieses Vorgehen des Herrn ist unbegreiflich, denn erstens handelt es sich um ein kleines Kind, das den ersten Anlaß gegeben hatte und dann um Leute, die bei der ganzen Angelegenheit gänzlich unbeteiligt sind. Ein solches Vorgehen charakterisiert so recht gewisse Kreise. Die Handlungsweise ist unso auffälliger, weil Meßtorf erst im letzten Jahre mit Rücksicht auf die herrschende Wohnungsnot die Wohnung der Stadt zur Verfügung stellte. Jetzt werden die Leute, die sich freuten, ein Unterkommen zu haben, kaltherzig auf die Straße gesetzt. Es wird schwer für sie sein, mit ihrer zahlreichen Familie bis zu der gedachten Zeit ein passendes Unterkommen zu finden. Man kann hieran sehen, daß die gegenwärtige Bewegung der Textilarbeiter um Verkürzung der Arbeitszeit auf erheblichen Widerstand stoßen wird; wenn schon jetzt völlig unbeteiligte Leute in dieser Weise behandelt werden, kann man sich schon ungefähr einen Vers machen, wie es den Textilarbeitern gehen wird, wenn sie ernstlich ihre Forderung vertreten werden.

## Der 6. internationale Sozialistenkongress

(Fortsetzung.)

Am zweiten Verhandlungstage nahm der Kongress auf Antrag der englischen Delegation einstimmig eine Sympathieerklärung für die streikenden Bergarbeiter in Colorado an, die von dem vereinigten Kapital in der unverschämtesten und niederträchtigsten Weise niedergelassen wurden.

Am dritten Verhandlungstage legte die Kommission für Sozialpolitik folgende Resolution vor:

„In Erwägung, daß die Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft in der Regel nur so kleinen Lohn erhalten, daß dieser kaum zur Befriedigung der notwendigen Lebensbedürfnisse während ihrer Tätigkeit langt, so daß sie in Not und Elend verfallen, wenn sie verhindert sind, ihre Arbeitskraft zu verwerten, sei es durch Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter oder Arbeitslosigkeit — weibliche Arbeiter auch durch Schwangerschaft oder Mutterschaft; in fernerer Erwägung, daß jeder Mensch ein Recht auf Existenz und die Gesellschaft ein Interesse an der Erhaltung der Arbeitskraft hat, müssen Einrichtungen geschaffen werden, welche die Not der Arbeiter und den hierdurch hervorgerufenen Verfall ihrer Arbeitskraft verhindern.“

In der kapitalistischen Gesellschaft kann dies am besten durch eine wirksame Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung erreicht werden. Die Arbeiter aller Länder haben daher Einrichtungen zu fordern, durch welche Krankheit, Unfall und Invalidität möglichst verhindert werden und durch obligatorische Versicherungs-gesetze ihnen ein Rechtsanspruch auf ausreichende Mittel zum Lebensunterhalt und zur ärztlichen Hilfe gewährt wird, wenn sie durch Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter, Schwangerschaft, Mutterschaft oder Arbeitslosigkeit gehindert sind, ihre Arbeitskraft zu verwerten.

Die Kosten der Versicherung sind in erster Linie bei der Alters-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisenversicherung durch direkte Steuern von Vermögen, Einkommen und Erbschaft progressiv zu tragen. Wo dies nicht geschieht, werden die Beiträge, auch wenn sie von den Unternehmern gezahlt sind, stets einen Teil des Arbeitslohnes in Anspruch nehmen. Es ist daher Aufgabe der Arbeiter, diesen Lohnverlust durch Stärkung ihrer gewerkschaftlichen Organisation auszugleichen.

Die Arbeiter müssen fordern, daß diese Versicherungs-einrichtungen unter die Selbstverwaltung der Versicherten gestellt und daß für einheimische wie ausländische Arbeiter aller Nationen ein und dieselben Bestimmungen getroffen werden.“

Die Kommission für Kolonialpolitik legte folgende Resolution vor:

„Die Versammlung der Arbeiterdelegierten der ganzen zivilisierten Welt hat von den Vertretern Englands und Indiens gehört, daß in Indien wie überall von England dem Volke unaufrichtig seine Erwerbsquellen genommen, dasselbe ausgebeutet und bestohlen wird, daß größte Armut, Elend und Hungersnot von mehr als 200 Millionen Menschen auf indischem Gebiet herbeigeführt wird. Sie fordert deshalb die Arbeiter Großbritanniens auf, ihre Regierung zu zwingen, das jegliche rucklose und entehrende Kolonialsystem aufzugeben und die leicht durchführbare Einrichtung einer Selbstverwaltung der Indier unter englischer Oberherrschaft herbeizuführen.“

Am vierten Verhandlungstage wurde nach einem Referat von Mollath-Berlin die erwähnte Resolution zur Sozialpolitik angenommen.

Zur Taktikfrage wurde nach längerer Debatte folgende Resolution angenommen:

„Der Kongress erklärt mit größter Entschiedenheit, daß es notwendig ist, ohne jedes Schwanken an der bewährten, siegreichen, auf dem Klassentampfe beruhenden Taktik des Sozialismus festzuhalten, und daß niemals an Stelle des Kampfes für die Eroberung der politischen Macht durch Besiegung unserer Gegner eine Taktik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung treten darf.“

Die Folge einer solchen Taktik der KonzeSSION wäre, daß man eine Partei, welche die baldmöglichste Umwälzung der bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaft anstrebt, als eine im besten Sinne revolutionäre Partei, in eine Partei verwandelt würde, welche sich damit zufrieden gibt, die bürgerliche Gesellschaft zu reformieren.

Daher ist der Kongress der Meinung, daß die Klassengegensätze, statt sich abzuschwächen, sich immer mehr zuspitzen, und erklärt:

1. Daß der Kongress unter den politischen und ökonomischen Verhältnissen, welche sich auf die kapitalistische Produktionsweise stützen, alle Verantwortlichkeit, welche es auch sei, zurückweist, und deshalb kein Mittel gutheißt, welches die Aufrechterhaltung der bestehenden Klassenherrschaft fördert.

2. Betreffs der Gefahren und Anzuträglichkeiten einer Anteilnahme an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft erneuert und bekräftigt der Kongress die Resolution des internationalen Sozialistenkongresses in Paris 1900.“

Nach einer Rede des 80-jährigen Vertreters Indiens wurde gegen die Unterdrückung und Ausbeutung der Indier durch die Engländer die oben erwähnte Resolution angenommen.

Am 5. Verhandlungstage wurde nach einem Referat von Kols und unweiliger Debatte folgende Resolution zur Sozialpolitik angenommen:

„In Erwägung, daß die kapitalistische Ausbeutung eines stets wachsenden Kolonialgebietes immer größer und regelloser wird, den natürlichen Reichtum der Kolonien verwüßt und die eingeborenen Völker der Schwarzen und oft blutigen Unterdrückung aussetzt, welche Ausbeutung für das Proletariat nur eine Verschlimmerung des Elends bringt, bringt der Kongress den Beschluß des Pariser Kongresses von 1900 über die Kolonialfrage und die imperialistische Politik in Erinnerung und erklärt, daß es die Pflicht der sozialistischen Parteien in den verschiedenen Ländern und der Parlamentarier ist: 1. sich rücksichtslos jedem imperialistischen und protektionistischen Antrage, jedem kolonialen Eroberungszuge und jeder militärischen Ausgabe für die Kolonien zu widersetzen, 2. Jedes Monopol, jede große Landkonzession zu bekämpfen und scharf darauf zu achten, daß die Reichtümer der Kolonien nicht von der Klasse der großen Kapitalisten beschlagnahmt werden. 3. Rüksichtslos all die areulichen Gewalttaten an die Öffentlichkeit zu

bringen, deren Opfer die Eingeborenen sind; für sie die kräftigsten Schutzmaßnahmen wider militärische Barbarei und kapitalistische Ausbeutung zu fordern und besonders darauf zu achten, daß sie nicht mit List oder Gewalt ihres Eigentums beraubt werden. 4. Maßregeln, die die Lage der Eingeborenen bessern können, vorzuschlagen und zu unterstützen, wie: gemeinnützige Arbeiten, hygienische Maßregeln, Errichtung von Schulen u. Sie müssen sich bemühen, den schädlichen Einfluß der Missionare zu brechen. 5. Für die Eingeborenen das Maß von Freiheit und Selbständigkeit zu fordern, das ihre Entwicklung vertragen kann, unter dem Gesichtspunkt, daß die vollständige Emanzipation der Kolonien das erstrebte Ziel ist. 6. Die Leitung der äußeren Politik unter parlamentarische Kontrolle zu bringen, da diese infolge der natürlichen Entwicklung des kapitalistischen Systems mehr und mehr dem geheimen Einfluß plutokratischer Allianzen unterworfen ist.“

Nach ausgiebiger Debatte wurde zum Generalstreik folgende Resolution der Holländer angenommen:

„In Erwägung, daß die notwendige Voraussetzung für den Erfolg eines Massenstreiks eine starke Organisation und die freiwillige Disziplin der Arbeiterschaft ist, hält der Kongress den absoluten Generalstreik in dem Sinne, daß alle Arbeit niedergelegt wird, für unausführbar, weil derselbe jede Existenz, also auch die des Proletariats, unmöglich macht. In weiterer Erwägung, daß die Emanzipation der Arbeiterklasse nicht das Resultat einer derartigen Kraftanstrengung sein kann, daß es aber möglich ist, daß ein Streik, der sich über einzelne, für das Wirtschaftsleben wichtige Betriebszweige oder über eine große Anzahl Betriebe ausdehnt, ein äußerstes Mittel sein kann, um bedeutende gesellschaftliche Veränderungen durchzuführen oder sich reaktionären Anschlägen auf die Rechte der Arbeiter zu widersetzen, warnt der Kongress die Arbeiter davor, sich durch die von anarchistischer Seite betriebene Propaganda für den Generalstreik, in der Absicht, sie davon abzuhalten, den bedeutungsvollen täglichen Kleinstreik durch die gewerkschaftliche, politische und genossenschaftliche Aktion zu führen, nicht ins Schlepptau nehmen zu lassen und fordert sie auf, ihre Einheit und Machtstellung im Klassenkampf durch Entwicklung ihrer Organisation zu stärken, weil, sollte der Streik mit einem politischen Ziel sich einst als nötig und nützlich herausstellen, sein Gelingen davon abhängen wird.“

Am 6. Verhandlungstage wurde nach einer sehr ausgedehnten lebhaften und lehrreichen Debatte die Dresdener Taktik-Resolution angenommen. Sie lautet:

„Der Kongress verurteilt auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen, unsere bisherige bewährte und siegreiche, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt.“

Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre, daß aus einer Partei, die auf die möglichst rasche Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaftsordnung hinarbeitet, also im besten Sinne des Wortes revolutionär ist, eine Partei tritt, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt. Daher ist der Kongress im Gegensatz zu den vorhandenen revisionistischen Bestrebungen der Ueberzeugung, daß die Klassengegensätze sich nicht abschwächen, sondern stetig verschärfen, und erklärt:

1. Daß die Partei die Verantwortlichkeit ablehnt für die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden politischen und wirtschaftlichen Zustände und daß sie deshalb jede Bewilligung von Mitteln verweigert, welche geeignet sind, die herrschende Klasse an der Regierung zu erhalten.

2. Daß die Sozialdemokratie gemäß der Resolution des internationalen Sozialistenkongresses zu Paris im Jahre 1900 einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht erstreben kann.

Der Parteitag verurteilt ferner jedes Bestreben, die vorhandenen stets wachsenden Klassengegensätze zu vertuschen, um eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern.

Der Parteitag erwartet, daß die Fraktion die größere Macht, die sie durch die Vermehrte Zahl ihrer Mitglieder, wie durch die gewaltige Zunahme der hinter ihr stehenden Wählermassen erlangt, nach wie vor zur Aufklärung über das Ziel der Sozialdemokratie verwendet und entsprechend den Grundsätzen unseres Programms dazu benutzt, die Interessen der Arbeiterklasse, die Erweiterung und Sicherung der politischen Freiheit und der gleichen Rechte überall aufs kraftvollste und nachdrücklichste wahrzunehmen und den Kampf wider Militarismus und Marinismus, wider Kolonial- und Weltmachtpolitik, wider Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Art noch energischer zu führen, als es ihr bisher möglich gewesen ist und für den Ausbau der Sozialgesetzgebung und die Erfüllung der politischen und kulturellen Aufgaben der Arbeiterklasse energisch zu wirken.“

Dazu folgende, die Einheit der Partei betreffende Resolution:

„Um der Arbeiterklasse ihre volle Kraft in dem Kampfe gegen den Kapitalismus zu verleihen, ist es unerlässlich, daß es in jedem Lande gegenüber den bürgerlichen Parteien nur eine sozialistische Partei gebe, wie es nur ein Proletariat gibt. Darum haben alle Genossen und alle sozialistischen Organisationen die gebieterische Pflicht, sich mit aller Kraft zu bemühen, diese Einheitlichkeit der Partei auf Grund der von den internationalen Kongressen bestimmten Prinzipien herbeizuführen, diese Einheitlichkeit, die notwendig ist im Interesse des Proletariats, dem gegenüber sie für die verhängnisvollen Folgen der Fortdauer von Spaltungen verantwortlich sind.“

Um dieses Ziel erreichen zu helfen, werden sowohl das internationale sozialistische Bureau wie alle Parteien der Länder, in denen diese Einheitlichkeit besteht, bereitwilligst ihre guten Dienste zur Verfügung stellen.“

Am 7. Verhandlungstage beschäftigte der Kongress sich zunächst mit der Einwanderungsfrage.

Es besteht eine Differenz darüber, ob die Sozialdemokraten für das Verbot der Einwanderung rückständiger Massen eintreten dürfen. Die Anregung Paplows, daß die Gewerkschaften aller Länder die eingewanderten Arbeiter aufklären und ihnen den Zutritt in die Gewerkschaften möglichst erleichtern sollen, findet allgemeine Zustimmung. Die Entscheidung über die russische Frage wird auf Antrag von Kols dem nächsten Kongress überwiesen.

Dieser findet 1907 in Stuttgart statt, nachdem Bebel für das gleiche Maß von Sicherheit und Freiheit wie in Amsterdam garantiert hat.

Dann folgte die debattelose einstimmige Annahme der Dresdener Resolution für das Frauen-Stimmrecht, einer Resolution über die Trübsal der alten deutschen Mai-Resolution und einer Sympathie-Erklärung für die russischen Freiheitstämpfer.

Dem Sekretär des internationalen Bureaus in Brüssel wurde Decharge erteilt. Das Bureau bleibt in Brüssel.

Ein internationales parlamentarisches Komitee wurde nach Holland delegiert. Die Holländer ernannten den Sekretär, jede Landesfraktion zwei Delegierte. Die Konferenzen werden nach Bedürfnis vom Sekretär einberufen, abwechselnd in die Hauptstädte Europas.

van Kol schloß den Kongress mit den Worten: Die

Proletariat der fünf Weltteile hoffen auf uns, und diese Hoffnung wird erfüllt werden.

Hoch die Internationale!  
Unter den Klängen der Potier'schen Internationale endete der Kongress.

## Bericht von der Gaukonferenz

abgehalten in Freiburg i. B. am 14. August im Lokal Geigels.  
Kollege Gsell-Wülhausen eröffnet die Konferenz im Auftrag der Agitationskomitees von Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen. Er macht auf den Zweck derselben aufmerksam und betont, daß an die Stelle der beiden Komitees ein Gauvorstand mit einem befohlenen Gauleiter gestellt werden soll.

Namens der Freiburger Filiale hält Kollege Groß eine der Situation entsprechende Begrüßungsrede, in welcher er hervorhebt, daß die Konferenz dazu beitragen möge, daß auch in der südwestlichen Ecke des Deutschen Reiches die Agitation festen Fuß fassen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird durch Zuruf das Bureau gewählt, und zwar als Vorsitzende Fichtl-Stuttgart und Jechly-Wülhausen, als Schriftführer Gumbel-Stuttgart.

Zunächst entspinnt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte über einen Antrag Jechly, welcher verlangt, daß nach der Mitgliederzahl abgestimmt werden soll; der Antrag wird abgelehnt.

Nach der Präsenzziffer sind 19 Delegierte anwesend, der Hauptvorstand ist durch Kollegen Hübsch, die beiden Komitees sind durch je drei Delegierte vertreten.

Bei Punkt 1, Wahl des Gauortes, verlangt Kollege Barger-Stuttgart II, daß zunächst von den beiden Komitees ein Situationsbericht gegeben werde. Die Delegierten sind damit einverstanden.

Gsell gibt den Bericht von Elsaß-Lothringen. Er schildert die Verhältnisse seines Bezirkes und betont, daß in Elsaß 65 000 Textilarbeiter beschäftigt sind, wovon nur ein kleiner Bruchteil organisiert ist. Sie haben unter der Agitation der Christlichen viel zu leiden. Redner ist der Überzeugung, daß nur Wülhausen für den Sitz des Gauvorstandes in Frage kommen könne.

Kollege Fichtl gibt den Bericht für Württemberg. Er führt aus, daß in 1/6 der Ortsgemeinden Württembergs Textilindustrie vorhanden ist. Die Christlichen machten uns keine Konkurrenz, desto mehr der Fabrikarbeitsverband. Er kann nur Stuttgart als Sitz empfehlen, da hier der Gaubeamte sich mit den verschiedenen Gauleitern in Verbindung setzen und von ihnen lernen könne.

Kollege Hübsch ist für Wülhausen und unterstützt die Darlegungen Gells. Er behauptet ferner, daß die Bahnverbindungen von Wülhausen aus besser sind als von Stuttgart, und Wülhausen mehr im Mittelpunkt liege wie Stuttgart.

Kollege Gumbel-Stuttgart führt aus, daß der süddeutschen Textilberufsgenossenschaft 1060 Betriebe angehören, wovon auf die Sektion 1 112, Sektion 2 221, Sektion 3 (also Württemberg) 499 und Sektion 4 (Baden und Elsaß) 228 entfallen; den Löwenanteil an den Betrieben hat also Württemberg. Wenn es auch kleinere Betriebe sind, über das ganze Land verteilt, so ist es doch eine Winzwarheit, daß hier schlechter zu agitieren ist, als in einem Bezirk, wo die ganze Masse beieinander ist. Er sei deshalb für Stuttgart.

Grob-Colmar: Durch den Chauvinismus, der in Elsaß herrscht, ist es schlecht zu agitieren, schlechter als in Württemberg, das doch ein ganz freies Betätigungsfeld hat. Er stimmt für den Antrag Gsell.

Kohler-Freiburg führt aus, daß Baden rücksichtslos behandelt werde; er stellt den Antrag, daß der Sitz nach Freiburg komme, indem dieses mehr im Mittelpunkt liege.

Günther-Cannstatt betont, daß bis jetzt noch nichts Stichthaltiges an den Entwürfen gegen Stuttgart vorgebracht wurde; was sie gegen Stuttgart vordrängen, könnten sie ebenso gegen Wülhausen bringen. Er ist der Meinung, daß der Hauptvorstand eine unbedingte Wahl getroffen habe, als er den Gau zusammenstellte, um diese Länder passen gar nicht zusammen. Er unterstütze den Antrag Fichtl.

Jechly-Wülhausen glaubt, daß, wenn der Sitz nach Stuttgart kommt, die Entwürfe von einem Gaubeamten zu hören bekommen würden, und wenn er käme, nur einen Kampf mit der Polizei zu bestehen haben würde. Für den Bezirk sollen überhaupt zwei Gauleiter aufgestellt werden, einer für Württemberg, der andere für Baden und Elsaß.

Barger-Stuttgart: Der Verlauf der Diskussion hätte den Ausschluß in ihm gereift, für Wülhausen zu stimmen; er bittet die Delegierten, mit Rücksicht auf die italienische Konkurrenz für den Antrag Gsell einzutreten.

Schmitt-Lörsch: Baden sei von Wülhausen immer stiefmütterlich behandelt worden. Er sei deshalb für Freiburg.

Hübsch erhebt Einspruch gegen Freiburg, es könne nur Wülhausen oder Stuttgart in Frage kommen. Vielleicht könne auf der späteren Konferenz Freiburg gewählt werden.

Grob-Freiburg ist für Freiburg; da dasselbe jedoch nicht in Betracht kommen kann, ist er eher für Wülhausen, denn daselbst ist der Sitz der Industrie.

Gsell und Fichtl präzisieren nochmals ihren Standpunkt. Auf Vorschlag Fichtls wird geheim abgestimmt und die Kollegen Gsell, Koss und Kohler in die Wahlkommission gewählt.

Wülhausen bekam 10 Stimmen, Stuttgart 9, Freiburg 2. Somit Wülhausen als Sitz des Gauvorstandes gewählt.

Der Punkt 3 wird von der Tagesordnung abgelehnt und die Wahl des Vorstandes Wülhausen überlassen. Am den Posten eines Leiters sind schon 9 Bewerbungen eingelaufen. Es wird der Vorschlag gemacht, eine Kommission von 3 Personen zu wählen, welche in Gemeinschaft mit Kollegen Hübsch eine Auslese unter Bewerbern halten und dann der Konferenz bestimmte Vorschläge machen soll. Der Vorschlag wird einstimmig angenommen und die Kollegen Eckert, Jechly und Schmitt in die Kommission gewählt.

Hierauf wird in die Mittagspause eingetreten. Nach der Mittagspause gibt Kollege Eckert den Kommissionsbericht. Die Kommission hat sich auf 3 Bewerber geeinigt, welche Wahl zugelassen werden sollen. Es entspinnt sich nun eine längere Debatte über die 3 Bewerber, bis schließlich nach 2 stündiger Beschäftigung in die Wahl eingetreten werden kann. Die Wahl fiel auf Kollegen Krähig in Landeshut. Er erhielt 11 Stimmen von 21.

Unter verschiedenen macht Kollege Barger den Vorschlag, Agitationskomitee in Württemberg mit Rücksicht auf die Agitation bestehen zu lassen.

Hübsch meint, daß es unnötig sei, zwei Korporationen neben-her bestehen zu lassen, höchstens könnte er die Zustimmung der Vertrauensmänner in Württemberg und Baden geben.

Fichtl stellt den Antrag, zwei Vertrauensmänner zu wählen, wurde für Baden Kollege Groß-Freiburg, für Württemberg Kollege Gumbel-Stuttgart gewählt.

Kollege Hübsch erwähnt noch die Delegierten, immer weiter die Ausbreitung des Verbandes Sorge zu tragen und nicht nur bitten zu lassen, weil nicht alle Wünsche in Erfüllung gehen können.

Darauf schloß Kollege Fichtl die Konferenz mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung.

Im Auftrage der Konferenz spricht der Eintretende den Freiburger Kollegen den Dank für die Mühe aus, die sie sich anlässlich der Konferenz gemacht haben.

## Zur Infrarheinischen Gaufrage.

In Nummer 31 des „Textilarbeiters“ wird die Stelle eines befohlenen Gaubeamten für den Infrarheinischen Gau für den 1. Oktober ausgeschrieben. Zur Regelung dieser Materie wird am 25. September eine außerordentliche Gaukonferenz stattfinden. Es wird nun die Frage aktuell: Welchen Ort wählen wir zum Gau? Diese Frage ist für uns von großer Wichtigkeit. Würde man M. Gladbach zum Gau machen, würde die Frage am besten gelöst werden, denn M. Gladbach liegt so ziemlich im Mittelpunkt des Gaubezirkes. Dann bilden Gladbach, Rheinfelden, Odenkirchen und Umgebung den Hauptteil der Infrarheinischen Baumwoll-Industrie mit mindestens 25 bis 30 000 Textilarbeitern. Von dieser ungeheuren Arbeitermasse sind im ganzen höchstens 1500 organisiert, christliche und freie zusammengenommen. Welch großes Feld harrt hier der Bearbeitung durch den Gaubeamten! Unsere Bewegung ist bis jetzt hier nicht vom Fleck gekommen, wir sind im Gegenteil stets zurückgegangen. Woher kommt das? Weil wir keine, aber auch bis jetzt absolut gar keine rednerisch begabte und geschulte Kräfte hatten. Ist irgendwo eine Versammlung einberufen, sei es von christlicher, sei es von anderer Seite, so sind wir gezwungen, uns einen Redner von auswärts kommen zu lassen. Daß das aber nicht immer möglich ist, weiß ein jeder unserer Kollegen im hiesigen Bezirk. Besonders in den christlichen Versammlungen könnten wir erst in wirksamer Weise eingreifen, wenn uns doch eine tüchtige rednerische Kraft zur Verfügung stände. In anderen Orten, wie z. B. in Arefeld, hat man eine ganze Anzahl rednerisch begabter Kollegen, also wäre der Gauleiter da am wenigsten notwendig. Dann gibt es hier im Bezirk auch keinen, an den man sich um Auskunft über Fragen betreffs der Arbeiter-Versicherung wenden könnte. Wie viele Fragen gerade auf diesem Gebiete zu erledigen sind, weiß jeder. Sagte mir doch noch vor ein paar Wochen ein Kollege von uns (in betreff Unfallsachen): Hier ist aber auch rein niemand, an den man sich in dieser Beziehung einmal wenden könnte. In Arefeld war das ganz anders. (Betreffender Kollege ist voriges Jahr von Arefeld nach hier verzogen.) Also auch in dieser Beziehung müssen wir den Christlichen das Feld überlassen. Sie haben in M. Gladbach das Volksbureau, einen Arbeitersekretär (Giesberts) und einen befohlenen Bezirksleiter (Sermes), ohne die Kapläne, welche ihnen mit Rat und Tat beistehen. Ich denke, daß ich durch Vorstehendes die Kollegen am Niederrhein von der Notwendigkeit überzeugt habe, zum Gau M. Gladbach zu machen. Soffentlich nehmen die Kollegen in einer demnächst stattfindenden Mitglieder-Versammlung Stellung dazu. Möchten die Delegierten zur Konferenz sich Vorstehendes zu Herzen nehmen und sich mit dem Wunsche leiten lassen, bessere Organisations-Verhältnisse im hiesigen Bezirk für uns zu schaffen. Geschieht in dieser Beziehung nichts, so müssen wir leider den hiesigen Bezirk den Christlichen überlassen, und wir werden wie bisher auch in Zukunft erst an zweiter Stelle stehen.

J. B. Abendt.

## Der patentierte automatische Webstuhl

der Firma Underston Foundry Company, Limited, Glasgow, auf der Ausstellung in Bradford.

Von jeher hatte man darüber nachgedacht, auf welche Weise es möglich wäre, dem Webstuhl ohne Unterbrechung den erforderlichen Schuß zuzuführen. Unter den verschiedenen Konstruktionen, welche eine selbsttätige Schußzuführung bezwecken, nimmt der oben erwähnte, für mehrfarbigen Schuß eingerichtete, automatische Webstuhl einen hervorragenden Platz ein.

Bekanntlich führt jetzt ein Schiffchen, welches von einer Seite des Webstuhls zur anderen dahinschießt, der Kette den Schuß zu. Das Schiffchen befindet sich innerhalb des Schiffchens auf einer Spule, aus welcher die Bewegung des Webstuhles den durch ein Auge hindurchgeführten Faden hin- und herzieht. Je nach der Farbenstellung des zu webenden Musters sind die Spulen mit mehr oder weniger Garn in den einzelnen Farben aufzuwickeln; demzufolge muß ebenso jede abgelauene leere Spule oder der kleinste farbige Kop von Zeit zu Zeit herausgenommen und ersetzt werden. Dabei ist der Stuhl abzustellen; der hierdurch entstehende Zeitverlust verursacht, ganz besonders bei hoher Tourenzahl, einen beträchtlichen Ausfall in der Produktion; es wird eben weniger Ware fertig. Um diesen Uebelstand zu beseitigen, hat man verschiedene Vorrichtungen getroffen, die entweder neue Spulen, resp. Kops oder neue Schiffchen automatisch zuführen.

Der für mehrfarbigen Schuß gebaute Underston'sche automatische Webstuhl kennt weder Kops noch die üblichen Spulspitzen, besitzt dagegen ein Schiffchen von ganz neuer Konstruktion. Dasselbe besteht aus einer leichten, schmalen Führungsstange, die 1/4" breit und 3/8" stark ist, sowie an jedem Ende einen Greifer zur Auffassung des Schußfadens hat. Es ist so angeordnet, daß es auf jeder Seite den Schußfaden aufnehmen kann und auf beiden Seiten sieben verschiedene Zuführungen für ebensoviel Farben hat. Das Schiffchen befindet sich auf großen Spulen, die an jeder Seite des Webstuhles angebracht sind; jede dieser Spulen enthält genug Garn für 100 Meter Ware.

Für Buntweberei auf gewöhnlichen Webstühlen wurden bisher kombinierte Schiffchenkasten verwendet, welche bei geeignetem Mechanismus die verschiedenen Schiffchen zum Vorschein bringen. Derartige Schiffchenkasten haben jedoch den Uebelstand, daß sie notwendigerweise mit der Lade korrespondieren müssen; hierunter leidet jedoch die Tourenzahl des Webstuhles. In dem automatischen Webstuhl wird diese schwerfällige, bewegliche Masse durch einen kleinen schwingenden Quadranten ersetzt, der sich an jeder Seite der Lade befindet und sieben Klemmen mit seitlichen Greifern besitzt. Dieser ganze Mechanismus bewegt sich horizontal, kann jedoch auch rechtwinklig zu dem Greifer des Schiffchenkastens verstellbar werden, um dem Greifer bei Bedarf irgendwelchen Faden zuzuführen. Jeder der schwingenden Quadranten wiegt nur wenige Unzen. Die Anordnung, welche die Bewegung des schwingenden Quadranten kontrolliert, um Klemmer und Greifer nach Wunsch zu nähern, besteht aus einer zahnradartigen Abstellvorrichtung, die mit einer langsam schwingenden Gliederkette in Verbindung steht. Das Öffnen und Schließen, das Heben und Senken der Klemmen, sowie das Ausschalten der Führungsstange — alles dies geht von Zapfenwellen aus, die unten quer durch den Webstuhl laufen und leicht reguliert werden können.

Die Vorteile sind folgende: der geringe Querschnitt der Führungsstange reduziert den Reibwiderstand auf ein Minimum, was zur Folge hat, daß weniger Fadenbrüche entstehen und also auch mehr Ware fertig wird.

Ferner wird, da der Reibwiderstand der Kettenfäden geringer ist, an Betriebskraft gespart. Ebenso muß die unbedeutende Spannung, welcher die Kette hier unterworfen ist, ein ruhigeres Arbeiten ermöglichen.

Der Underston'sche Webstuhl nimmt bis 13 Schußfäden auf, und zwar ebenso für schmale wie für weite Streifen.

Schließlich wird selbstverständlich auch glatte Ware wie jede andere Bindung vorteilhaft hergestellt. Im übrigen ist der Stuhl in allen seinen Details so korrekt gebaut und aus so vorzüglichem Material ausgeführt, daß derselbe, ungeachtet der langsamen Bewegung der Führungsstange und des erwähnten Mechanismus, eine weit höhere Tourenzahl erreicht als andere Stühle.

(Sp. u. W. in der „Textilindustrie.“)

## Mitteilungen aus Fachreisen.

**Chemnitz.** Wieder etwas aus der Sächsischen Textilfabrik im Stadtl. Kappel. Wir haben schon wiederholt Gelegenheit genommen, die rigorose Arbeitsordnung jenes Betriebes zu besprechen. Heute haben wir noch etwas nachzutragen. Die Arbeitszeit wahrlich im Sommer für die Tagelöhner von morgens 6 bis abends 6 Uhr,

für die Nachtschicht von abends 6 bis morgens 6 Uhr; im Winter für die Tagelöhner von morgens 7 bis abends 7 Uhr, für die Nachtschicht von abends 7 bis morgens 7 Uhr. In jeder Schicht findet nur eine einstündige Pause statt; in der Zwischenzeit gibt es keine Eis- oder Erholungspause. Jeder Nacht- oder Schichtarbeiter, welcher der Fabrik absichtlich oder fahrlässigerweise durch einen Arbeiter zugefügt wird, sei es an Materialien, Utensilien, Werkzeugen, Maschinen und anderem Fabrikzubehör, sei es an Arbeitsvergnügen, ist von demselben, abgesehen von den gesetzlichen und den in dieser Arbeitsordnung vorgesehenen Folgen, zu erziehen. Außerdem hat der Arbeiter für fehlerhafte, unbrauchbare Arbeit keinen Lohn zu beanspruchen. Der Verdienst ist aber nicht etwa hoch: 30 bis 40 Mk. in 14 Tagen. Wegen fehlerhafter Arbeit wurden einem Arbeiter, der diesem Dorado vor kurzen den Rücken lehrte, Abzüge von 1,50, 1,60, 2,50, 2,60, 3,10, 1,55 Mk. gemacht. Das sind doch keine Kleinigkeiten.

**Chemnitz.** Beschwerden von Fabrikmännern an die Gewerbeinspektion nehmen entgegen die Mitglieder der Frauenagitationskommission Frau Bertha Riemann, Markstraße 32, 2, und Frau Ida Köhler, Waisenstraße 1, 3. Die Gewerbeinspektion selbst befindet sich Theaterstraße 27, 3.

**Elsterberg.** (Berichtigung.) Auf Wunsch unserer langjährigen Kollegen Franz Enderlein, welcher irrtümlich beim halbjährigen Geschäftsbericht als ausgeschieden zur Verlesung gebracht wurde, sei ausdrücklich von uns festgestellt, daß nicht er, sondern sein Sohn Hermann dem Textilarbeiterverbande untreu geworden ist.

Die Krisenverwaltung, Louis Köhler, Revollu. Mette Zustände scheinen in der Tuchfabrik Maier auf der Aldehnbahn zu herrschen. In der Nacht von Sonntag auf Montag zwischen 2 und 3 Uhr holte ein Polizist eine Kosterin aus der Fabrik. Etwa eine halbe Stunde nachher erschienen noch mehrere Arbeiterinnen, um getreu dem Sprichwort: „Morgenstund hat Gold im Mund“ ihr Tagewerk schon zu beginnen. Wie uns Eupener Arbeiter versichern, wäre dies nicht das erste Mal, daß Arbeiterinnen in dieser Firma nachts beschäftigt würden. Wir fragen nun, warum ist die Belegschaft nicht eher gegen derartige Ausbeutung eingeschritten? Es scheint, daß die dort beschäftigten Führer des christlichen Verbandes dem Fabrikanten mehr entgegenkommen zeigen, als die Polizei, denn es ist doch nicht gut anzunehmen, daß der dort beschäftigte zweite Vorsitzende und fröhlich gewählte Gewerbegerichtsbesitzer Arnold Barth nicht weiß, daß ein derartiges Vorgehen der Firma ungesetzlich ist. Oder sollte es ihm ganz entgangen sein? Als im vorigen Jahre einige Nachener Kollegen versuchten, in Eupen eine Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes zu gründen, erklärten die christlichen Führer Eistenich, Deckerque und Steinbeck in einer öffentlichen Versammlung: Die freie Gewerkschaft hat unter dem Ledmantel, daß sie nur den Erfolg der Arbeiterschaft erstrebe, in Eupen Zwietracht und bewirkt mithin direkte Schädigung der Arbeiter, da fast die gesamte Eupener Arbeiterschaft schon christlich organisiert ist. Was also die „Deutschen“ da noch in Eupen wollten? — Dieser Fall zeigt, wie „überflüssig“ die Einführung des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Eupen war.

**Göppingen.** Die hiesigen Webereien sind bis auf weiteres zu meiden.

**Langenbielau.** (Versammlungsbericht.) In unserer am 17. August abgehaltenen Mitgliederversammlung hielt Kollege Schönwälder einen wohlbedachten Vortrag über „den Fortschritt unserer Zeit“. Redner erläuterte, wie sich die Textilindustrie entwickelte — von den ersten primitiven Anfängen bis zum heutigen Stadium vollendetster Maschinentechnik, bei deren Anwendung die Kraft des Arbeiters anstatt geschont, immer mehr ausgebeutet wird. Von dem Einstuhlsystem sei man zum Nachtteil der Arbeiter zum Zweistuhlsystem übergegangen, und in letzter Zeit gingen gewinnfüchtige Unternehmer zum Drei- bis Vierstuhlsystem über. Auch in Reichenbach i. Schl. sei von zwei Unternehmern eine viel größere Ausnutzung der Arbeiter im Auge gefaßt. Bei uns am Orte könne man dies ebenfalls beobachten. Während die hiesigen Fabrikbesitzer in der Lage seien, ihre Willen unausgesetzt zu erweitern und auf das höchstspitzigste zu renovieren, sinke die Lebenslage des Arbeiters immer tiefer. Es sei dabei einem aufgestellten Arbeiter unverständlich, wenn Leute aus dem Verbanne austreten unter dem Vorwande, der Beitrag sei zu hoch, dem Vergütungsverein aber treu blieben. Es müsse jedem Arbeiter doch einleuchtend sein, daß er zuerst einer Gewerkschaft angehören müsse; erlaubten es die finanziellen Verhältnisse, dann könne ein Arbeiter erst daran denken, neben der Gewerkschaft auch einem Vergütungsverein beizutreten. Weisfall lohnte dem Redner für den Vortrag. Hierauf gab der Kassierer die Abrechnung vom 2. Quartal. Er wurde auf Antrag der Revisoren einstimmig entlastet. Als Revisoren für das 3. Quartal wurden die Kollegen Um lauf, Bormann, A. Schönwälder gewählt. Danach verlas der Vorsitzende den Vorschlag des schlesischen Agitationskomitees betreffs der Besetzung des Gauleiterpostens in Schlesien und schlug dabei vor, auch Langenbielau als Sitz des Gauleiters dem Agitationskomitee zu empfehlen. Die Versammlung akzeptierte beide Vorschläge. Ferner ernannte der Vorsitzende die Mitglieder, die vom Zentralvorstand zum Zwecke der Arbeitslosenstatistik herausgegebenen Fragebogen besser als bisher auszufüllen. Getadelt wurde ferner das Verhalten einer Kollegin, die freiwillig in einer hiesigen Fabrik drei Stühle bedient, während im allgemeinen in der Fabrik das Zweistuhlsystem herrscht. Kollege W. Schönwälder machte die Versammlung noch auf die größten wirtschaftlichen Kämpfe in Deutschland aufmerksam, die von den Metall- und Bauarbeitern zur Zeit geführt werden, worauf der Schluß der Versammlung erfolgte.

**Neumünster.** Hinsichtlich meines Ausschlusses aus dem Verband habe ich folgendes zu bemerken: Den Vorwurf, daß ich den Verband schädigen wollte, weise ich entschieden zurück. Der wahre Grund meines Ausschlusses ist der: Im Oktober 1903 stellte mir unser Kassierer, jetziger Vorsitzender J. Hagedorn, ein neues Buch aus, mit dem ich abreiste, denn in Neumünster bekam ich keine Arbeit mehr. In diesem Buche war meine Mitgliedschaft vom Jahre 1901 an, zu welcher Zeit ich in Neumünster in Arbeit und in den Verband trat, eingetragen, ein Beweis, daß ich meine Beiträge bezahlt hatte. Das Buch hatte jedoch den Fehler, daß in ihm meine Abrechnung nicht vermerkt war, trotzdem ich dem Kassierer schon wiederholt erklärt hatte, daß ich abreisen möchte. Der Fehler wurde in Neumünster entdeckt, nachdem ich in Kiel, Neumünster, Neudorf u. Neiseunterkunft erhalten hatte, die ich nicht hätte erhalten sollen, da ich das Jahr vorher Kranken-Unterstützung bezogen hatte. Wer ist nun der Schuldige? Das Buch ist jetzt in Berlin.

E. W. Vetsching.

**Schwibus.** (Versammlungsbericht.) Am Sonntag den 14. August tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Sie war außerordentlich gut besucht. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, Kartellbericht, erhielt der Vorsitzende, Kollege Grest, das Wort. Zum zweiten Punkt, Gaueinteilung, erhielt das Wort Kollege Leo Juch, Berlin. Er legte den Unwesenden Zweck und Nutzen des Gaubeamten auseinander und verwies auf die nächste Provinzialkonferenz in Lützenwalde. Die Versammlung stimmte seinen Ausführungen zu. Redner streifte in seinen weiteren Ausführungen Ermittlung und wies auf den Arbeitgeberverband hin. Er forderte alle Mitglieder auf, immer wieder neue Mitglieder zu werben, damit auch in Schwibus für die Textilarbeiter menschenwürdiger Existenzbedingungen geschaffen werden könnten. Welchen Beifall erntete der Redner für seinen lehrreichen Vortrag. Vom Vorsitzenden wurde kritisiert, daß die Firma Mengers Schöne Arbeiterinnen für

Zusammen bis zu zwei Mark Wägung mache. An solchen Arbeitstagen seien die Arbeiterinnen selber schuld, weil sie zur Organisation nicht zu liegen seien. Zum dritten Punkt der Tagesordnung, freiwillige Solidarität, wurde vom Vorstande der Antrag gestellt: „Wer sich ein ganzes Jahr um den Verband nicht kümmert und in keiner Versammlung kommt, der geht der freiwilligen Solidarität verlustig. Es ist Pflicht eines jeden freiwilligen Solidaritätsgliedes, im Jahre mindestens zwei Versammlungen zu besuchen.“ Der Antrag wurde gegen eine Stimme angenommen. Ein Mitglied wurde ausgeschlossen. Unter „Verchiedenes“ wurde noch auf die Notwendigkeit ständiger Agitation hingewiesen und die lehrreiche Versammlung um 7 Uhr mit einem Hoch auf den Zentralverband Deutscher Textilarbeiter geschlossen.

**Sorau.** Ein beachtenswertes Zeugnis von Interessiertheit gab unsere Monatsversammlung am Sonntag den 14. August. Um die Kollegen und Kolleginnen über den Wert der Gewerkschaft aufzuklären, war Kollege Köpfe aus Berlin erschienen; aber vor allem sehr Mann ein Referat zu halten, war denn doch nicht angängig, und so mußte unser Kollege unverrichteter Sache wieder von uns scheiden. Die Anwesenden beschloßen, um den gesellschaftlichen Verkehr zu heben, am 5. November das Stiftungsfest zu feiern. Auch wurde den Kartelldelegierten für jede Sitzung eine kleine Entschädigung bewilligt. Kollegen, haltet angedacht unserer traurigen Lage die Augen auf! Mit wahrer Schadenfreude sehen die Herren Kapitalisten der wachsenden Interessiertheit der hiesigen Textilarbeiter zu. Der aufmerksame Beobachter wird gewiß schon gemerkt haben, daß bei dem jetzigen Sinken der Mitgliederzahl sich die Herren Kapitalisten schon mancherlei kleine Lohnreduktionen erlaubt haben. Auch die Arbeiterinjurien, sowie der § 135 der Gewerbeordnung (Sonntagsarbeit) wird von verschiedenen hiesigen Firmen fortgesetzt übertreten. So rufen jetzt wieder die Arbeiter der Firma Martin v. No. den Vorstand der hiesigen Filiale um Hilfe an, um wieder Besetzung einzelner Arbeiterinnen zu erhalten. In der Not wissen es die Arbeiter, von wo Hilfe zu erwarten ist, sich aber der Organisation anzuschließen und mit materiellen Mitteln ihre eigene Sache fördern zu helfen, fällt den Sorauer Textilarbeitern nicht ein. Kollegen, unsere Hungerlöhne zwingen uns, die Gleichgültigkeit abzuschütteln, ein jeder muß ein Agitator für unsere Sache sein. Auch die Kolleginnen können tätig sein. Wählen müßten sie so lange, bis für alle Fabrikarbeiterinnen ungenügend mit den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen werden. Nicht auf eine Anzahl superfluier Vorkämpfer, die halten die mächtige Lawine der Arbeiterbewegung, die ins Rollen geraten ist, nicht auf. Macht fortgesetzt eure Mitarbeiter auf unsere Ziele aufmerksam, damit auch bald unsere Filiale ein Bollwerk gegen Kapitalisten Willkür wird.

### Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Ueber die wahren Ursachen der neuesten Ausperrung der Berliner Metallarbeiter durch den Verband Berliner Metallindustrieller veröffentlichten die Metallarbeiter ein längeres Flugblatt, dem wir folgendes entnehmen:

Bei der Firma Schwarzkopff, Scheringstraße, hatten die Former und Gießereiarbeiter seit längerer Zeit unter der Paschawirtschaft des Formmeisters Schade zu leiden.

Machte ein Kollege seinen Unmut gegen die Mißwirtschaft geltend, dann sagte Meister Sch.:  
Wenn es euch nicht paßt, streikt doch! Da werdet ihr ja sehen, wieviele mitmachen!

So wurden die Kollegen geradezu zum Streik provoziert. Die Erregung stieg bis zum Siedepunkt, als am 27. Juli der in seiner Arbeit besonders tüchtige Former S., welcher als Kommissionsmitglied zwecks Befriedigung der Mißstände vorstellig war, ohne Grund entlassen wurde. Um nun nicht einreisen zu lassen, daß jedes Kommissionsmitglied entlassen wird, welches sich erlaubt, die Beschwerden seiner Mitarbeiter vorzutragen, wurden die übrigen Mitglieder der Kommission im Auftrag aller Kollegen nochmals vorstellig, um die Wiedereinstellung des Kollegen S. zu erreichen. Die Direktion lehnte dies scharf ab. Darauf legten am 28. Juli, nachmittags 3 Uhr, sämtliche 42 Former die Arbeit nieder, darunter Kollegen, welche bis zu 25 Jahren bei der Firma beschäftigt waren.

Als sich die Direktion von der Enttäuschung erholt hatte, machte sie verzweifelte Anstrengungen, Streikbrecher zu erhalten. Dies war bei der bekannten Solidarität der Berliner Former vergeblich, die Vertrauenskommission des Verbandes Berliner Metallindustrieller verfuhr am 1. August mit den Streikenden zu verhandeln. Dies lehnten selbstverständlich die Streikenden mit der Bemerkung ab: Mit dem Verband Berliner Metallindustrieller verhandeln wir nur in Gegenwart unseres Verbandsvertreters. Aber wir sind gerne bereit, mit unserer Direktion in ihrem Bureau zu verhandeln.

Als wieder eine Woche verfloßen war, und die Firma Schwarzkopff vergeblich auf Streikbrecher gewartet hatte, sich auch die vertraulichen Einflüsse der großen unter den Arbeitgebern geltend gemacht hatten, beschloß die Vertrauenskommission: Um das einseitige Vorgehen aller Betriebe des Verbandes zu beweisen, sind die den Geheeren spätestens am Montag den 8. August zugehenden Modelle am Mittwoch den 10. August bis spätestens 10 Uhr vormittags in Arbeit zu geben. Sollten die Former usw. sich weigern, den Guß anzufertigen, so sind dieselben als Streikende zu betrachten und sofort Nachricht nach dem Bureau in der Gartenstraße zu richten.

Sieben Jahre sind seit der letzten Ausperrung der Former im Jahre 1897 verfloßen.

Wollen die Metall-Industriellen ein zweites Lorgelow 1904 gründen? Die Former Berlins, die Former Deutschlands, ja, die Berliner wie die deutschen Metallarbeiter haben seit 1897 nicht geschlafen. Wir haben den Berliner Metallarbeiter-Verband und den Zentralverein der Former überführt in den Deutschen Metallarbeiter-Verband. 170.000 deutsche Metallarbeiter stehen hinter den ausgesparten Berliner Formern. Durch den Zusammenschluß in der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands stehen über 1.000.000 Streiter auf unserer Seite.

Es sei noch kurz bemerkt, daß die Firma Schwarzkopff ursprünglich zu Unterhandlungen mit den Arbeitern bereit war, daß aber die Kühnheiten sich ins Mittel legten und den Arbeitern den voraussetzlichen Erfolg streitig machten. Sie wollen eine Machtprobe. Sache der ganzen Arbeiterschaft wird es sein, ihnen den Nachschuß für alle Zeit zu nehmen. Bis jetzt sind gegen 500 Arbeiter brotlos gemacht.

In Budapest streiken gegen 6000 Mühlenarbeiter.  
In Marseille streiken Kohlenarbeiter und Schiffshelger.

### Gewerkschaftliches.

Die Metallarbeiter hielten vom 12. bis 15. August in Amsterdam einen internationalen Kongreß ab. Insgesamt waren 93 Delegierte anwesend, die 420.000 Metallarbeiter von 14 Ländern vertraten. Der Kongreß begründete einen internationalen Metallarbeiterbund mit dem Sitz in Deutschland. Der Beitrag beträgt pro Jahr und 1000 Mitglieder 10 Schilling.

Die Transportarbeiter hielten ebenfalls in Amsterdam einen internationalen Kongreß ab, auf dem die internationale Verbindung noch mehr gefestigt wurde. Der Sitz des Sekretariats

wurde nach Deutschland verlegt. Bisher hatte, wie der „Safenarbeiter“ bemerkt, das Sekretariat oder besser gesagt die internationale Federation, für die Transportarbeiter nur einen sehr problematischen Wert, nicht etwa, weil das Sekretariat in London war, sondern weil die Leitung derselben die Geschäfte vernachlässigte und die Organisation verkommen ließ. Das wird jetzt anders werden. Vertreten waren die Transportarbeiter von Holland, Italien, Frankreich, Belgien, England, Deutschland, Portugal, Schweden und Desterreich mit 206 250 Mitgliedern durch 18 Delegierte mit 20 Mandaten. Angemeldet, aber nicht erschienen waren: Safenarbeiter-Liverpool und Seelente-England, Safenarbeiter-Amerika und Safenarbeiter-Australien. Die deutschen Organisationen waren vertreten: Safenarbeiter durch J. Döhning und A. Decker, Transportarbeiter durch O. Schumann, Seelente durch P. Müller und Maschinisten durch Klein.

### Soziales.

**Eine Ausstellung für Unfallverhütung und Gewerbehygiene** findet von der Großherzoglich Luxemburgischen Regierung vom 15. August bis 15. September d. J. in Luxemburg in Verbindung mit einer ebenfalls regierungsseitigen Gewerbeausstellung statt. Beide Veranstaltungen liegen in der Hand des Großherzoglichen Gewerbeinspektors.

**Arbeiter als Schöffen.** Im Breslauer Gewerkschaftskartell wurde beschloßen, dahin zu wirken, daß Arbeiter als Schöffen berufen werden. Jede Gewerkschaft soll dem Kartell ein oder zwei Mitglieder namhaft machen, die zum Schöffenamt geeignet sind, und dann soll die Liste dem Amtsgericht eingereicht werden mit dem Ersuchen um Benützung bei der Auswahl von Schöffen. Den Verdienstausfall sollen die Gewerkschaften den Arbeiterschöffen ersetzen.

**Die Abschaffung der Heimarbeit im Schwedischen Schneidergewerbe** soll vom 1. Oktober 1907 ab erfolgen. Zwischen der Gehilfenorganisation und der Schneidermeistervereinigung für Stockholm ist vereinbart worden, daß die Arbeitgeber kostenlos Werkstätten zur Verfügung stellen oder 5 Proz. auf den Arbeitsverdienst als Ersatz für die Unkosten der Werkstatt bezahlen sollen. Als Gegenleistung mußten sich die Schneider verpflichten, bis zum März 1908 zu dem Tarife vom Jahre 1900 weiterzuarbeiten.

### Gerichtliches.

Eine Massenbeleidigung durch die Presse ist gegen nachbenannte Personen eingeleitet worden. Man höre:

#### Privatklage

in Sachen des Geschäftsführers Richard Enzmann in Markersdorf, Privatklagers — vertreten durch Rechtsanwalt Döhninger in Burgstädt — gegen

- den Verleger Clemens Bieweg in Döbeln,
- den Redakteur des „Textilarbeiters“ Karl Köhler in Chemnitz,
- die Inhaber der Druckerei Landgraf & Co. in Chemnitz, Werkstatt 14:
  - Herrn Emil Richard Landgraf in Chemnitz,
  - Herrn Adm. Gustav Reichelt in Chemnitz,
  - Herrn Friedrich Emil Berger in Chemnitz,
  - Herrn Paul Eduard Zeißig in Chemnitz und
  - Herrn Gustav Semmler in Simbach,

Beschuldigte, wegen öffentlicher Beleidigung.

Einnahme.	Hauptkasse 2. Quartal 1904.	Ausgabe.
Abrechnungen der Ortsverwaltungen 1. Quartal 1904	Mt. 75742,80	Mt. 17877,20
A) Freiwillige Beiträge, Erstattungen und Lokalfassen	8647,43	11,55
B) Gewerkschaftskartelle	1084,85	1180,—
C) Gewerkschaften	888,29	48,16
D) Reine und sonstige Zuwendungen	187,75	14,25
E) Zeitungs-Expeditionen	3850,91	2311,—
F) Aus dem Ausland	978,41	
Von der Geschäftsleitung des „Textilarbeiters“ überwiesen	3000,—	
Zurückgehobene Streikunterstützung von Bleichschwärz Streik	386,33	
Einnahme	32566,75	
Bestand am 1. April 1904	313241,71	
Zusammen	405808,41	
Abonnement:	Mt. 17877,20	Mt. 17877,20
„Textilarb.“ 1. Quartal 1904		
„Holländ. Textilarbeiter“		11,55
„Die Gleichheit“		1180,—
„Vollständiges Gewerkschaftsblatt“		48,16
„Nationalistisches Gewerkschaftsblatt“		14,25
19181,16		
Druckkosten:		
Streikunterstützung:		
Marktsch.	300,—	
Frankenberg	1000,—	1300,—
Berlin, Berggolde	500,—	500,—
Frankreich, Lille, Textilarbeiter	5000,—	5000,—
Holland, Amsterdam, Diamant- Arb.	300,—	300,—
Gemahregeltemunterstützung:		
Jülich	500,—	
Wiederau	10,—	
Crimmitschau	14000,—	
Markt-Redwitz	50,—	
Frankenberg	100,—	14880,—
Zuschuß:		
M. Glöckner	100,—	
Hamburg	89,85	
Rempten	15,—	154,85
Retiretoren:		
Nowawes	3,50	
Hugsburg	75,20	
Crimmitschau	27,—	
Fürstenwalde	5,90	
Frankenberg	30,70	
Sorau	18,80	
Reumünster	34,40	
Crimmitschau	31,—	
Ludenwalde	5,—	
Guben	14,10	
Böhme	12,30	
Meerane	23,—	
Fürstenwalde	4,30	285,20
7. Generalversammlung in Hannover:		
a) Fahrgeher	2782,85	
b) Diäten	5674,—	
c) Verlust a. Arbeitsverdienst	792,70	
d) Sonstige Ausgaben	232,—	9481,05
Dänischer Textilarbeiter-Kongreß, Vertretung	07,—	07,—
Konferenz Nordbayern	53,60	53,60
Schleien	36,—	36,—
Beitrag: Generalkommission 2. Quartal 1903	1827,44	
3. 1903	1983,32	
4. 1903	2185,—	5995,76
Agitation: Landes-Vertrauensmann überwieien	4000,—	4000,—
Rechtsch.	73,70	73,70
Sitzungen: Vorstand und Ausschuß	49,70	49,70
Sonstige Ausgaben	791,45	791,45
Sonstige Ausgaben	195,68	195,68
Bortos	296,01	296,01
Versicherungsbeiträge	9,—	9,—
Bureau	196,68	196,68
Verwaltung	1850,—	1350,—
Ausgabe	66237,74	66237,74
Bestand am 30. Juni 1904	339570,67	339570,67
Zusammen	405808,41	405808,41

Berlin, den 12. August 1904.

Georg Treue, Kassierer.

**Filiale Wittweiba.** Sonntag den 8. September, abends 9 Uhr: Versammlung im Zentrallokal Restaurant „Hofgärtner“, Schillingstraße. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Julius Schumann. 2. Wahl eines dritten Vorsitzenden — Recht scharfes Erörtern der Angelegenheit — auch der wichtigsten der Vorstand.

**Spremberg N. O.** Sonntag den 8. September, abends 9 Uhr: Versammlung im Zentrallokal Restaurant „Hofgärtner“, Schillingstraße. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Julius Schumann. 2. Wahl eines dritten Vorsitzenden — Recht scharfes Erörtern der Angelegenheit — auch der wichtigsten der Vorstand.

**Sekretariat:** Chemnitz — § 135 der Gewerbeordnung — Markersdorf, Chemnitz — Druck: Landgraf & Co., Chemnitz.

Also nicht weniger als sieben mit Namen verzeichnete Personen werden sich demnächst vor dem Schöffengericht in Burgstädt zu verantworten haben, weil sich durch irgend eine Notiz im „Textilarbeiter“ ein ehemals organisierter Arbeiter beleidigt fühlt. Natürlich sind außer dem Kollegen Köhler, der nur vorübergehend die Redaktion führte, die anderen an dem Abdruck der angeblich beleidigenden Notiz unschuldig. Auch Köhler dürfte freigesprochen werden; wenigstens vermögen wir in jener Notiz (in Nr. 31 aus Claußnitz) eine Beleidigung des Herrn E. so wenig in der Sache wie in der Form zu erblicken.

### Zentralverband Deutscher Textilarbeiter.

**Meerane.** Nach § 6a wurden folgende Mitglieder aus dem Verbande ausgeschlossen: Arthur Müller, St.-Nr. 167 093; Marie Müller, St.-Nr. 84 688; Julius Schindler, St.-Nr. 153 915; Emma Schindler, St.-Nr. 147 695. Die Mitgliedsbücher sind Eigentum des Verbandes und müssen an die Ortsverwaltung zurückgegeben werden, worauf Aussgeschlossene und Aussgeschiedene aufmerksam gemacht seien. Der Bevollmächtigte.

**Wittweiba.** Um Unannehmlichkeiten zu vermeiden, werden die Mitglieder dringend gebeten, ihre Beiträge von jetzt ab möglichst pünktlich aller acht oder vierzehn Tage zu entrichten. — Weiter werden diejenigen Mitglieder, welche sich länger als sechs Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstand befinden, hierdurch wiederholt aufgefordert, dieselben sobald als möglich zu begleichen, andernfalls nach § 6a des Verbandsstatuts verfahren wird. — Alle Briefe, Besuchen über nicht richtige Zustellung der Zeitung usw. sind nur an den Vorsitzenden der Filiale, Julius Schumann, Freiberger Straße 40, zu richten. Die Ortsverwaltung.

**Reichenbach i. B.** Vorj.: Rob. Lent, Hainstr. 33; Kassierer: Karl Schreiber, Hainstr. 35. Letzterer zahlt die Reise- und Krankenunterstützung abends von 7—8 Uhr aus. Verkehrslokal: „Tonhalle“.

**Kottbus.** Wir machen die Mitglieder darauf aufmerksam, daß Abmeldungen schriftlich zu Händen des Kassierers oder Vorsitzenden gemacht werden müssen. Außerdem machen wir auf den Verkehrslokal von Guba u. Liesl, Schloßstraße 12, aushängenden Fragebogen aufmerksam. Die Ortsverwaltung.

**Neuwert.** An Stelle unseres ausgetretenen Kassierers ist Kollege Jakob Löwen, Neuwert, Bettrath 172, gewählt. Derselbe zahlt die Reiseunterstützung mittags von 12—1 Uhr und abends von 7—8 Uhr; die Krankenunterstützung Sonnabends von 7—8 Uhr abends.

### Briefkasten.

**A. A.** Sie können das Mittel in jeder Apotheke beziehen.  
**A. Röhlingen.** Mit Ihrer Anfrage wollen Sie sich an den Vorstand in Berlin wenden.

**G., Stuttgart.** Daß der Bericht unter „Polamentierbewegung“ gekommen ist, beruht nur auf einem Versehen, es geschah dadurch, daß in dem Bericht das Wort „Polamentier“ vorkam.

### Gestorben.

**München.** Am 12. August Verbandsmitglied Johann Meßger, 42 Jahre alt — Magenleiden.  
**Wittgensdorf.** Verbandsmitglied Albert Ebert — Proletarierkrankheit.

Ehre ihrem Andenken!

bewegung der Textilarbeiter in Neumünster. — Der 6. internationale Sozialistenkongreß (Fortsetzung). — Bericht über die Konferenz in Freiburg i. B. — Zur linksrheinischen Cause. — Der patentierte automatische Webstuhl. — Mitteilungen aus Frankreich. — Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung. — Gewerkschaftliches. — Soziales. — Gerichtliches. — Wirtschaftliches. — Verbands-Mitteilungen. — Briefkasten. — Lokalfassen. — Abrechnung der Hauptkasse. — Inserate. — (Beilage). — Verbands-Abrechnung. — Versammlungskalender. — Inserate.







